Inhaltsverzeichnis

	as staatliche Gewaltmonopol
	Gewaltmonopol des Staates als Emanation der Staatlichkeit der
Duna	esrepublik Deutschland
	as Verhältnis zwischen Staat und Verfassung
	Der Sprachgebrauch des Grundgesetzes
2.	Der Staat als regelmäßiger Gegenstand der Verfassung
	a) Die Aussage der modernen Staatslehre
•	b) Der Verfassungsstaat
3.	Die Selbständigkeit des Staates gegenüber der Verfassung
	und der Schutz des Staates durch die Verfassung
	a) Keine Disposition über die Staatlichkeit
	b) Die Staatlichkeit als Schutzgut des Grundgesetzes
	aa) Der Staat als Schutzobjekt
	bb) Die Ewigkeitsgarantie des Art. 79 Abs. 3 GG
	ie Bundesrepublik Deutschland als Staat
1.	Der Staatsbegriff
	a) Die Drei-Elemente-Lehre
	aa) Der Staatsbegriff nach der Drei-Elemente-Lehre
	bb) Kritik an der Drei-Elemente-Lehre
	cc) Stellungnahme zu den vorgebrachten Kritikpunkten _
	dd) Vorteile der Drei-Elemente-Lehre
	b) Die Lehre vom Staat als Rechtsordnung
	c) Die Integrationslehre
	d) Die wirkungswissenschaftliche Lehre
	e) Zwischenergebnis
2.	Das Wesen des Staates
	a) Die religiöse Theorie
	b) Die Machttheorie
	c) Die Vertragstheorie
	d) Die organschaftliche Theorie



Í.	Die Rechtfertigung des Staates
	a) Der Staat als Garant von Frieden und Sicherheit
	b) Begriffliche Klarstellung
4.	Der Staatszweck
	a) Absolute Staatszwecklehren
	aa) Überblick
	bb) Kritik an den absoluten Staatszwecklehren
	b) Die Lehre von den relativen Staatszwecken
	aa) Die Idee der relativen Staatszwecke
	bb) Einzelne Staatszwecke
	cc) Staatliche Pflichtaufgaben
	(1) Aus der Rechtfertigung der Staatlichkeit an sich
	(2) Das Subsidiaritätsprinzip
	dd) Systematische Gliederung der Staatszwecke
	(1) Die erste Stufe: Innere Sicherheit
	(2) Die zweite Stufe: Freiheit
	(3) Die dritte Stufe: Soziale Sicherheit
	(4) Das Verhältnis der verschiedenen Stufen zueinander
	(5) Vergleich mit dem Verhältnis zwischen Staat und
	Verfassung
	ee) Innere Sicherheit
	(1) Verbot der Selbsthilfe
	(2) Keine private Sanktionsgewalt
	Zusammenfassung
III. D	ie Staatsgewalt
	Die Staatsgewalt nach dem Grundgesetz
2.	Die Dimensionen des Begriffes der Staatsgewalt
	a) Differenzierungen innerhalb des Gewaltbegriffes
	aa) Gewalt in der Bedeutung von vis
	bb) Gewalt in der Bedeutung von potestas
	cc) Das Verhältnis von vis und potestas zueinander
	b) Gewalt als körperlicher Zwang
	aa) Anhaltspunkt im Grundgesetz
	bb) Weites Verständnis des Schutzbereichs des Art. 8 GG _
	cc) Stellungnahme
	dd) Zwischenergebnis
3.	Staatsgewalt und Souveränität
) Die B	edeutung des staatlichen Gewaltmonopols
I. Aus	sagen des staatlichen Gewaltmonopols

1.	Das Verbot physischer Gewaltanwendung im
	gesellschaftlichen Bereich
2.	Das staatliche Gewaltmonopol als Kompetenz und
	pflichtige Gewährleistung des Staates
3.	Keine zufriedenstellenden Alternativen
4.	
	a) Allgemeine Vorgaben
	b) Der Funktionsvorbehalt des Art. 33 Abs. 4 GG
	aa) Funktionsvorbehalt und institutionelle Garantie des
	Berufsbeamtentums
	bb) Sinn und Zweck des Funktionsvorbehalts
	(1) Frieden und Sicherheit durch Neutralität
	(2) Frieden und Sicherheit durch eine kontinuierliche
	staatliche Aufgabenerfüllung
	(3) Die Sicherung der persönlichen Freiheit der Bürger
	durch an Recht und Gesetz gebundenes
	Staatshandeln
	(4) Die Sicherung der Freiheit der Bürger durch
	Mäßigung der Staatsgewalt im Prinzip der
	Gewaltenteilung
	(5) Zwischenergebnis
	cc) Hoheitsrechtliche Befugnisse
	(1) Generalisierende oder differenzierende
	Betrachtungsweise
	(a) Argumente für eine differenzierende
	Betrachtungsweise
	(b) Weitere Abgrenzungskriterien
	(c) Zwischenergebnis
	(2) Der Begriff der hoheitsrechtlichen Befugnisse
	(a) Streng restriktive und sehr extensive
	Auffassungen
	(b) Stellungnahme
	(c) Zwischenergebnis
	(d) Vermittelnde Auffassungen
	(aa) Abgrenzung nach der Rechtsform des
	staatlichen Handelns
	(bb) Abgrenzung nach dem Auftreten dem Bürger
	gegenüber
	des staatlichen Handelns
	ues staathenen franceins

(e) Teleologische Bestimmung der Reichweite des	
Funktionsvorbehalts	
dd) Die Bedeutung des Tatbestandsmerkmals	
"in der Regel"	
(1) Regelübertragung auf Beamte	
(2) Zusätzliche Voraussetzungen einer zulässigen	
Ausnahme	
ee) Auswirkungen auf Privatisierungsvorhaben	
ff) Der Bereich des Strafvollzugs	
II. Korrespondierende Bürgerpflichten	_
Die Friedens- und die Rechtsgehorsamspflicht	
2. Die besondere Befindlichkeit einer Gegenseitigkeitsordnung	
3. Das Friedlichkeitsgebot des Art. 8 GG	
III. Ausgleich für das Gewaltmonopol des Staates	
Der Justizgewährleistungsanspruch	
Die Grundrechte des Grundgesetzes	
a) Die Grundrechte als Freiheitsrechte	
b) Die grundrechtlichen Schutzpflichten	
aa) Die Ausgangslage	
bb) Die Reichweite grundrechtlicher Schutzpflichten des	
Staates	
cc) Der Staat als Adressat der Grundpflichten	
dd) Die prinzipielle Gesetzesakzessorietät staatlicher	
Schutzpflichten	
3. Sonstige Staatsstrukturprinzipien	
IV. Ausnahmefälle erlaubter privater Gewalt	
V. Zusammenfassung	_
Teil 2: Die Problematik der Privatisierung	
A) Begriffsklärung	
l. Gebräuchliche Differenzierungen	
Formelle und materielle Privatisierungen	
a) Der Begriff der formellen Privatisierung	
b) Der Begriff der materiellen Privatisierung	
Echte und unechte Privatisierungen	
a) Die echte Privatisierung	
b) Die unechte Privatisierung	
Die Vermögensprivatisierung	
4. Die funktionale Privatisierung	
II Kritische Stellungnahme	

a) Die Ambivalenz des Begriffs der
Organisationsprivatisierung
b) Die Aussagekraft des Begriffs der funktionalen
Privatisierung
Privatisierung
B) Vor- und Nachteile von Privatisierungen
I. Gründe für Privatisierungen
1. Finanzielle Entlastung
2. Effizientere Aufgabenwahrnehmung
3. Grundrechtliche Freiheitsgewährleistungen
II. Gefahren und Nachteile von Privatisierungen
Abschied von der unmittelbaren Gemeinwohlbindung
Staatliche Reserveverantwortung
a) Regulierte Selbstregulierung
b) Transaktionskosten
Teil 3: Privatisierungsmöglichkeiten im Bereich des Strafvollzugs
A) Privatisierung der Verantwortung
I. Privatisierungsgrenzen aus der Verfassung
1. Grundrechte
2. Organisationsrecht
II. Keine Privatisierung der Verantwortung für den Strafvollzug
B) Privatisierung der Aufgabe
B) Privatisierung der Aufgabe
II. Die Zwecke des Strafvollzuges im System der Staatszwecke
Die Zwecke des Strafvollzuges
a) Der Zusammenhang zwischen den Zielen des Strafvollzuges
und den Strafzwecken allgemein
b) Die Strafzwecke
aa) Die absoluten und die relativen Strafzwecktheorien
bb) Die Strafzwecke nach dem StGB
c) Die Strafvollzugszwecke
aa) Das Vollzugsziel des § 2 S. 1 StVollzG
bb) Der Schutz der Allgemeinheit gemäß § 2 S. 2
StVollzG
cc) Die spezialpräventive Prägung des Strafvollzugs
dd) Die Vollzugsziele der Sicherungsverwahrung
ee) Zusammenfassung
2. Einordnung in die Systematik der Staatszwecke

aa) Der Strafvollzug als Teilaspekt der inneren Sicherheit
bb) Der Strafvollzug als staatliche Pflichtaufgabe
(1) Die Staatsaufgabe des Strafvollzugs und das staatliche Gewaltmonopol
(2) Filvate Noticette als Australitien vom staathenen
Gewaltmonopol
(a) Das geltende Recht
(aa) § 32 StGB
(bb) §§ 34 f. StGB
(cc) § 127 StPO
(dd) Zivilrechtliche Notrechte
(b) Ausdehnung der privaten Notrechte auf den
Strafvollzug
(aa) Mögliche Ausnahmen?
(bb) Die Grenzen durch das staatliche Gewaltmonopo
cc) Zwischenergebnis
b) Zur positiven Spezialprävention
aa) Positive Spezialprävention und innere Sicherheit
bb) Das verfassungsrechtliche Resozialisierungsgebot
(1) Bloße Reserveverantwortung des Staates
(2) Resozialisierung versus Gewinnmaximierung?
(3) Qualitätssicherung durch Mindeststandards?
cc) Zwischenergebnis
c) Potentielle andere Vollzugsziele
aa) Schuldvergeltung
bb) Generalpräventive Aspekte
III. Ergebnis zur Frage der Privatisierbarkeit der Aufgabe des
Strafvollzugs
C) Privatisierung der ausführenden Hand
I. Der allgemeine Vollzugsdienst
1. Tätigkeitsbeschreibung
Einfachgesetzliche Regelung
3. Zur Privatisierbarkeit
a) Die Auslegung des Tatbestandsmerkmals der besonderen
Gründe
aa) Gründe für den Einsatz staatlichen Personals im
Bereich des Strafvollzugs
(1) Der innere Friede
(2) Grundrechtssicherung

	bb) Engere Formulierung des § 155 Abs. 1 StVollzG im
	Vergleich zu Art. 33 Abs. 4 GG
	cc) Auslegung der "besonderen Gründe" des § 155 Abs. 1
	StVollzG vor dem Hintergrund des Art. 33 Abs. 4 GG _
	(1) Hoheitlichkeit der Tätigkeit
	(2) Dauer einer Aufgabe
	(3) Wahrung des Regel-Ausnahme-Verhältnisses
b)	Einzelne konkrete Tätigkeiten
	aa) Die sichere Unterbringung und Bewachung der
	Gefangenen
	(1) Hoheitliche Tätigkeit
	(a) Relevanz für die innere Sicherheit
	(aa) Aus der Perspektive der Allgemeinheit
	(bb) Aus der Perspektive der Gefangenen
	(b) Grundrechtswesentlichkeit
	(2) Als ständige Aufgabe
	(3) Das Schwergewicht der hoheitlichen Tätigkeit im
	Strafvollzug
	(a) Elementare Bedeutung für die innere Sicherheit _
	(b) Grundrechtswesentlichkeit
	bb) Die Leitung einer Justizvollzugsanstalt
	cc) Die Gebäude- und Anlagensicherung
	(1) Tätigkeitsbeschreibung
	(2) Zur Privatisierbarkeit
	(3) Die Notrechte als Ausnahmen vom Grundsatz des
	staatlichen Gewaltmonopols
	(a) Gewerbliche Sicherheitsdienste
	(b) Notrechte zugunsten des Staates
	(c) Weitere Unterstützungstätigkeit im Rahmen der
	Gebäude- und Anlagenbewachung
	dd) Zwischenergebnis
C)	Erweiterung der Einsatzmöglichkeiten für Private
	durch Beleihung
	aa) Das Rechtsinstitut der Beleihung als
	Privatisierungsform
	bb) Keine Beleihung privater Sicherheitskräfte im
	Strafvollzug
	(1) Vergleich mit dem bayerischen Modell der
	Sicherheitswacht
	(2) Vergleich mit dem Luftfahrzeugführer

cc) Zwischenergebnis	
4. Zwischenergebnis zum Bereich des allgemeinen	
Vollzugsdienstes	
II. Der Werkdienst	
Tätigkeitsbeschreibung	
Einfachgesetzliche Regelung	
3. Zur Privatisierbarkeit	
a) Die technische und fachliche Leitung der Gefangenen	
aa) Die gesetzliche Ausgangslage	
bb) Die verfassungsrechtliche Unbedenklichkeit	
b) Die sonstigen Tätigkeiten des Werkdienstes	
c) Zwischenergebnis	
III. Soziale Dienste	
Psychologen, Sozialarbeiter, Pädagogen	
a) Tätigkeitsbeschreibungen	
b) Zur Privatisierbarkeit	
aa) Hoheitsrechtliche Tätigkeit	
(1) Grundrechtswesentlichkeit	
(2) Sicherheitsaspekt	
bb) Dauer der Aufgabe	
cc) Das Schwergewicht der hoheitlichen Tätigkeit	
dd) Ehrenamtliche Vollzugshelfer	
c) Zwischenergebnis	
2. Ärzte	
a) Grundsatz der hauptamtlichen Beschäftigung	
b) Ausnahmsweiser Einsatz vertraglich verpflichteter Personen	
aa) Bedarf an Fachärzten	
bb) Ärztemangel	
cc) Tätigkeiten lediglich durchführenden Charakters	
3. Seelsorger	
a) Grundsatz	
b) Ausnahmen	
IV. Der Verwaltungsdienst	
V. Versorgende Tätigkeiten	
VI. Ergebnis zur Frage der Privatisierbarkeit einzelner Tätigkeiten	
im Rahmen der Staatsaufgabe des Strafvollzugs	
D) Privatisierung der Organisationsform	
I. Öffentlich-rechtliche Handlungsformen als Instrument der	
Eingriffsverwaltung	

II. Dienstherreneigenschaft des Staates	22
III. Kein Rechtsschein erlaubter privater Gewalt	22
E) Privatisierung der Handlungsform	22
F) Zusammenfassung in Thesen	22
,	
Literaturverzeichnis	22